



„Ich bin bei neuen Wegen nicht unvorsichtig, sondern angstfrei“

Interview mit dem neuen Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Thüringen, Stefan Werner

Stefan Werner ist seit dem 1. Januar der neue Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Thüringen und gleichzeitig auch Direktor der PARITÄTISCHEN BuntStiftung. Er tritt in beiden Positionen die Nachfolge von Reinhard Müller an, der zum 31. Dezember nach fast 25 Jahren in den Ruhestand gegangen ist. Der 41-jährige Stefan Werner ist seit 2003 beim PARITÄTISCHEN Thüringen tätig, zunächst als Referent für Armutsfragen, Gemeinwesenarbeit, Bildung und Öffentlichkeitsarbeit. Seit 2009 war er Profiler und damit verantwortlich für Pressearbeit, Kommunikation und Profilbildung des Verbandes. Zuletzt war er stellvertretender Direktor der PARITÄTISCHEN BuntStiftung. Der Erfurter Stefan Werner engagiert sich auch in seiner Heimatstadt vielfältig ehrenamtlich im sozialen und soziokulturellen Bereich.

Sie haben als Praktikant 2003 beim PARITÄTISCHEN Thüringen angefangen und sind seit dem 1. Januar 2016 Landesgeschäftsführer – ist so eine Karriere nur beim PARITÄTISCHEN möglich?

Ein solcher beruflicher Werdegang ist für die heutige Zeit eher ungewöhnlich und hat sicher auch ein Stück weit mit den Strukturen des PARITÄTISCHEN zu tun. Ich habe von Anbeginn an den PARITÄTISCHEN als einen Verband erlebt, der den Mitarbeitenden viel Freiheit lässt, ihr Arbeitsfeld selbst zu gestalten

und so an der Entwicklung des Verbandes mitzuwirken. Diese Entfaltungsmöglichkeiten sind in der Tat etwas ganz Besonderes.

Sie haben vor kurzem gesagt: Der PARITÄTISCHE wird weiterhin unbequem bleiben. Was meinen Sie konkret?

Wir setzen uns in vielerlei Hinsicht für Menschen ein, die benachteiligt sind, von denen man sagt, sie hätten keine Stimme in der Gesellschaft. Wir geben diesen Menschen eine Stimme. Wenn man dann gehört werden will,

muss man eine gewisse Lautstärke an den Tag legen. Und man muss auch bereit sein, sich an einigen, oft entscheidenden Stellen gegen den Mainstream der gesellschaftlichen Diskussion zu stellen, sich nicht dem Zeitgeist anzupassen. Das haben wir bei der Debatte um die Hartz IV-Gesetze getan, das tun wir auch heute, beispielsweise in der Diskussion über die richtige Flüchtlingspolitik.

Unbequem und laut – wird das nicht immer schwieriger in einer Gesellschaft, die oft in Teilen als postfaktisch bezeichnet wird, in der viele



Der Staffelnstab in der Geschäftsführung des PARITÄTISCHEN Thüringen wurde schon bei der Mitgliederversammlung im November von Reinhard Müller an Stefan Werner übergeben.

Foto: Frank Diehn

Menschen Argumente überhaupt nicht mehr zur Kenntnis nehmen wollen?

Das macht auch mir ernsthaft Sorge. Ich gestehe, dass ich hier selbst noch nach Lösungen suche. Die Lust an der Lüge und an der Unwahrheit ist in erschreckender Weise gewachsen. Gerade über die sozialen Netzwerke werden oft Stimmungen verbreitet, die mit der Realität nichts mehr zu tun haben. Wir müssen darauf achten, dass wir hier nicht ein Grundverständnis von Solidarität und Demokratie in der Gesellschaft verlieren. Unsere Aufgabe ist es zu zeigen, wie eine solidarische Gesellschaft aussehen kann und diejenigen zu motivieren und zu unterstützen, die sich dafür engagieren.

Aber muss man nicht auch Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen?

Selbstverständlich. Dieser Satz wird allerdings oft nur als Vorwand genutzt, um andere Dinge durchzusetzen. Der PARITÄTISCHE steht immer für einen offenen und ehrlichen Dialog, auch über Ängste und Sorgen der Menschen. In der Vergangenheit sind hier von gesellschaftlichen Akteuren Fehler gemacht worden, weil man die Menschen mit ihren Sorgen einfach ignoriert hat. Das führt zu Frustration und einen noch aggressiveren Tonfall. Das ist nicht unsere Art des Umgangs. Wir wollen

den Dialog. Und noch eins: Gerade diejenigen, die derzeit am lautesten schreien und hässliche Parolen in die Welt setzen, profitieren von der Meinungsfreiheit, die unsere Demokratie garantiert – auch ihnen.

Was werden die wichtigsten Aufgaben sein, die in nächster Zeit anzupacken sind?

Ich sehe es als meine wichtigste Aufgabe an, den PARITÄTISCHEN auf Kurs zu halten und fit zu machen für die bevorstehenden Aufgaben. Davon gibt es eine ganze Menge. Ich nenne als Themen die Gebietsreform, das Bundesteilhabegesetz, die Pflegestärkungsgesetze II und III, die Integration der Geflüchteten und die Realisierung weiterer Schritte auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Das sind schon gewaltige Herausforderungen, aber wir haben eine Mannschaft beim PARITÄTISCHEN, mit der diese gut zu stemmen sein werden.

Stichwort Gebietsreform: Hier ist 2017 das entscheidende Jahr, nachdem jetzt alle Vorschläge auf dem Tisch liegen.

Auch für den PARITÄTISCHEN ist die Gebietsreform, an deren Notwendigkeit wir nie gezweifelt haben, eine große Herausforderung. Deshalb haben wir uns schon früh in den benachbarten Landesverbänden

Sachsen-Anhalt und Sachsen, die solche Gebietsreformen schon hinter sich haben, Rat und Unterstützung geholt. Die soziale Infrastruktur in Thüringen wird sich mit den neuen Kreiszuschnitten, wie auch immer sie letzten Endes aussehen werden, verändern. Hier müssen wir früh unsere Vorstellungen darlegen, damit wir mitgestalten können und nicht nur beplant werden. Es bedarf einer intensiven kommunalen Lobbyarbeit durch unsere Mitgliedsorganisationen und Kreisgruppen. Wir werden sie dabei massiv unterstützen und ihnen beratend zur Seite stehen. Auch unsere Kreisgruppen werden sich neu aufstellen müssen. Für uns gilt aber: Wir nehmen diese Herausforderung gerne an und beteiligen uns kritisch-konstruktiv an den Planungen.

Stichwort neue gesetzliche Regelungen: Mit dem Bundesteilhabegesetz und den Pflegestärkungsgesetzen kommen große neue Herausforderungen auf die Mitgliedsorganisationen zu.

Wir werden unsere Mitglieder mit Rat und Tat bei der Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen unterstützen. Beim Bundesteilhabegesetz haben wir durch den gemeinsamen massiven Protest vieler Sozialverbände einige deutliche Verbesserungen erreicht, wenn wir uns auch nicht mit allen Vorstellungen durchsetzen konnten. Hier müssen wir weiter auf bestehende

Schwingt auch bei Demos gerne die PARITÄTISCHE Fahne: Stefan Werner bei der Anti-TTIP-Demo im Herbst 2016 in Leipzig.

Foto: Andreas Kotter



Schwachstellen aufmerksam machen und für Verbesserungen kämpfen. Aber natürlich geben wir gemeinsam mit unserem Gesamtverband wichtige Hilfestellungen bei der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen. Das Gleiche gilt für den Bereich der Pflege. Dort haben wir die Betroffenen schon im vergangenen Jahr, unter anderem mit mehreren Fachtagen, auf die Neuerungen vorbereitet. Wir werden deren Umsetzung auch weiter unterstützend begleiten.

Bei der Arbeit für die Geflüchteten geht es jetzt um die Integration der Menschen in die Gesellschaft. Wie kann man die vorantreiben?

Nach der Phase der Soforthilfe ist es jetzt wichtig, den Menschen, die zu uns gekommen sind, die hier bleiben wollen und auch sollen, eine Chance zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu eröffnen. Integration darf keine Einbahnstraße sein, wir wollen doch die Geflüchteten nicht zu besseren Deutschen machen – auch wenn das einigen durchaus vorschweben mag. Aufgabe der Integration ist es, Verständnis für den anderen zu entwickeln, aufeinander zuzugehen, Wege in den Arbeitsmarkt oder auch in die berufliche Selbstständigkeit zu finden, gesellschaftliche Teilhabe zu organisieren – aber nicht von oben herab, sondern gemeinsam mit den Geflüchteten.

Aber befinden wir uns da nicht gerade in einer fatalen Schiefelage der gesellschaftlichen Diskussion? Es wird nur noch von schnelleren Asylverfahren, von rascheren Abschiebungen geredet, die Integration rückt dabei in den Hintergrund. Müssen hier die Sozialverbände die Diskussion nicht stärker als bisher beeinflussen?

Da kann man nur deutlich Ja sagen. Natürlich erschüttert der Anschlag von Berlin die Menschen unglaublich, natürlich gibt es junge Geflüchtete, die sich auffällig benehmen. Aber wir müssen in der Diskussion Generalisierungen vermeiden. Denn genau dieses Geschäft betreiben die Rechtspopulisten. Ein, zwei negative Beispiele werden generalisiert und dienen als Rechtfertigung für Forderungen nach noch schärferen Maßnahmen. Es muss uns gelingen, diesen Rechtspopulisten die Meinungsführerschaft in der öffentlichen Debatte streitig zu machen.

Mit welchen Argumenten?

Wir müssen einerseits an die Mitmenschlichkeit und die Hilfsbereitschaft der Menschen appellieren. Wir müssen an dem großen Engagement des Herbstes 2015 und der darauffolgenden Monate anknüpfen. Wir müssen gute Beispiele gelingender Integration herausstellen, immer wieder dafür werben. Wir müssen

den Menschen andererseits deutlich machen, dass unsere Wirtschaft ohne Zuwanderung nicht auskommt, wenn wir nicht wollen, dass kleinere und mittlere Betriebe wegen fehlender Fachkräfte verschwinden. Wir müssen nach Möglichkeiten suchen, Thüringen als ein Land attraktiv zu machen, in dem die Menschen, die zu uns gekommen sind, gerne bleiben wollen.

Im Konzert der politischen Stimmen müssen die Sozialverbände für diese Solidarität mit den Schwachen stehen.

Das ist richtig. Denn es geht nicht nur um Menschen mit Migrationshintergrund. Es geht um alle gesellschaftlich benachteiligten Menschen, um Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen ausgegrenzt werden. Ein Blick in den Thüringen-Monitor der vergangenen Jahre zeigt, dass es lange die Langzeitarbeitslosen waren, gegen die es die meisten Vorurteile gab. Erst jetzt wurden sie durch die Flüchtlinge abgelöst. Aber immer noch haben fast die Hälfte der Thüringerinnen und Thüringer Vorurteile gegen Langzeitarbeitslose. Das ist auch ein neuer Beratungsansatz für unser bewährtes Projekt Schau HIN.

Was ist dort geplant?

Wir müssen doch realistisch sein: Auch in un-

seren Einrichtungen haben wir es nicht nur mit Menschen zu tun, die unser Weltbild teilen – egal, ob sie Mitarbeitende oder Klienten sind. Deshalb wollen wir ein Beratungsnetz für unsere Mitgliedsorganisationen mit dem Schwerpunktthema Ausgrenzung aufbauen. Nehmen Sie als Beispiel die Thüringer Tafeln. Dort erleben wir hautnah, was Ausgrenzung heißt. Dort reißen Konflikte auf, weil dort eine Gruppe sowieso schon Benachteiligter jetzt auf andere Benachteiligte – die Flüchtlinge – trifft. Und dieser Konflikt wird von rechten Kreisen natürlich bewusst instrumentalisiert. Hier müssen wir gegensteuern.

Landespolitisch wird 2017 das Thema Inklusion hoch angesiedelt sein.

Das ist ein großes Thema. Denn Inklusion erfordert ein gesamtgesellschaftliches Umdenken. In einer inklusiven Gesellschaft fragt nicht mehr der Benachteiligte, was er für seine gesellschaftliche Teilhabe tun muss. Sondern es gilt umgekehrt: Schulen, Behörden, Städte, Gemeinden, Theater oder Kinos müssen sich fragen, was können wir tun, um benachteiligten Menschen diese Teilhabe zu ermöglichen.

Aber das ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Sicher nicht. Inklusion ist teuer. In diesem Zusammenhang bediene ich gerne auch eine Phrase: Das muss es uns wert sein. Den Wohlfahrtsverbänden wird ja gerne nachgesagt, sie forderten nur mehr Geld. Das stimmt natürlich nicht. Gerade der PARITÄTISCHE ist bisher nicht dadurch aufgefallen, als erstes mehr Geld gefordert zu haben. Wir haben uns vielmehr bei jedem Thema die Frage gestellt, was wollen wir erreichen und wie wollen wir es erreichen. Und erst dann haben wir geschaut, wieviel Geld dafür nötig ist. Uns kommt es auf die Inhalte an. Aber bei der Frage der Inklusion sind Fortschritte nicht zu erzielen, ohne dass man bereit ist, auch mehr Geld in die Hand zu nehmen.

Was würden Sie als Ihre Stärke, was als Ihre Schwäche bezeichnen?

Was die Stärken anbelangt: Hier schöpfe ich aus den bisherigen Erfahrungen. Ich konnte mir in den vergangenen Jahren im PARITÄTISCHEN einen guten Überblick über die Arbeit des Verbandes verschaffen. Ich habe gerne einen ganzheitlichen Blick auf die Din-



Immer tatkräftig im Einsatz: Stefan Werner, hier beim Aufräumen im Krügerpark

Foto: Frank Diehn

ge, verknüpfe Unterschiedliches gerne miteinander, denke nicht nur in eine Richtung, sondern schaffe auch Querverbindungen. So finde ich oft Synergie-Effekte, was ja im Hinblick auf Effizienz und Wirtschaftlichkeit, denen wir als Sozialverband auch verpflichtet sind, von Bedeutung ist. Den Verband und die Mitgliedsorganisationen kenne ich daher gut. Mir liegen die Mitgliedsorganisationen sehr am Herzen, auch deshalb, weil ich als treibende Kraft seinerzeit die Arbeit der Kreisgruppen mit auf den Weg gebracht habe. Ich bin ein kommunikativer Mensch, der auch offen ist für unkonventionelle Lösungsansätze. Ich probiere gerne mal etwas Neues aus, dabei bin ich nicht unvorsichtig, sondern angstfrei.

Und die Schwächen?

Wenn man gerne, wie ich, über Tellerränder hinausschaut, muss man schon aufpassen, dass man Dinge nicht auf halber Strecke liegen lässt, weil man plötzlich von einer neuen Idee fasziniert ist. Hier weiß ich, dass ich ein Team im Rücken habe, das mir dann beratend zur Seite stehen wird.

Vom Kollegen zum Chef – manchmal nicht ganz einfach, oder?

Ich bin jemand, der positiv nach vorne schaut. Ein solcher Weg hat aus meiner Sicht viele Vorteile. Ich kenne die Mitarbeitenden, ich glaube, ihre Stärken zu kennen. Einen richtigen Nachteil vermag ich in dieser Konstellation nicht zu erkennen. Ich stelle mich gerne dieser Herausforderung.

Und die Botschaft des „Neuen“ an die Mitgliedsorganisationen?

Ich würde gerne im Verhältnis zu den Mitgliedsorganisationen noch seismografischer unterwegs sein. Das heißt: Ich möchte gemeinsam mit ihnen nach Lösungen suchen, wie es uns gelingen kann, sie erstens noch stärker in die Herausarbeitung von PARITÄTISCHEN Positionen in der gesellschaftlichen Debatte einzubinden und zweitens unser Know-how aus den Fachgruppen und Fachreferaten noch besser und effektiver mit ihnen zu teilen. Ich baue auf einen regen Austausch mit den Geschäftsführenden der Mitgliedsorganisationen. Ich möchte mindestens einmal im Jahr jede Kreisgruppe des PARITÄTISCHEN besuchen, da mir die Kreisgruppenarbeit, wie schon gesagt, besonders am Herzen liegt. Ich setze auf Kooperation auf vielen Feldern. Wir werden hier nach neuen Möglichkeiten suchen.